

Erik Magnusson: *Den egna vägen. Sverige och den europeiska integrationen 1961–1971*. Uppsala: Acta Universitatis Upsaliensis 2009 (= Uppsala Studies in Economic History; 88), 147 S.

Die im September 2009 verteidigte Dissertation des Uppsalienser Wirtschaftshistorikers Erik Magnusson beschäftigt sich mit der ersten schwedischen Annäherung an das europäische Integrationsprojekt in den 1960er Jahren. Dabei geht der Autor von der Feststellung aus, dass bislang vorgebrachte Begründungen für den nicht erfolgten schwedischen Beitritt zu einseitig die oftmals auch nur unscharf definierten Begriffspaare Neutralität und Wohlfahrtsstaat heranzögen. Dies bewirke eine ungebührliche Verengung der Perspektive, weil sowohl Wohlfahrtsstaat als auch Neutralität inhaltlich weitgehend unverhandelbar seien. Das vorliegende Werk hingegen zielt nach eigenem Bekunden darauf ab, die damals geführte Politik aus einer explizit wirtschaftspolitischen Perspektive zu untersuchen. Der Autor wirft die Frage auf, ob denn „tatsächlich die beiden Identitäten des *folkhem* und der Neutralität über den wirtschaftspolitischen Interessen gestanden haben“ („Stod verkligen de båda identiteterna forkhemmet och neutralitetspolitiken över ekonomiskpolitiska intressen?“ S. 24).

Der Untersuchungszeitraum wird durch zwei integrationspolitische Ereignisse

begrenzt: vom ersten EWG-Beitrittsgesuch Großbritanniens aus dem Jahr 1961 (das durch die Bedeutung Großbritanniens als Handelspartner auch für Schweden relevant war) und dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen Schweden und der EWG 1973. Das Quellenmaterial, auf dem Magnusson seine Arbeit aufbaut, umfasst im Wesentlichen die Archive der schwedischen Ministerien für Finanzen, Handel und Auswärtiges und wird durch Akten aus den Beständen der Kommission des EU-Archivs in Florenz sowie Beständen aus dem privaten Archiv des damaligen Finanzministers Gunnar Sträng ergänzt.

Die Arbeit ist in acht Kapitel unterteilt, die im Prinzip jedoch drei Sinneinheiten bilden. Einer aus den Kapitel 1 und 2 bestehenden Einleitung (S. 13–43) werden Ausführungen zur Herangehensweise und einige grundlegende Vorüberlegungen bezüglich schwedischer Außenpolitik und schwedischen Außenhandels zur Seite gestellt. Dem folgt ein aus den Kapiteln 3 bis 5 bestehender, vornehmlich deskriptiver Abschnitt über die historischen Vorgänge und ihre Perzeption bei den beteiligten Partnern für die drei ausgewählten

Fallstudien. Das Kapitel 3 (S. 44–66) widmet sich dabei den zwischen 1961 und 1963 stattgefundenen Verhandlungen über eine Assoziierung mit der EWG, die mit dem ersten Veto de Gaulles gegen einen britischen Beitritt ein Ende fanden. Es folgt in Kapitel 4 eine Darstellung der Vorgänge rund um das offene Beitrittsge-such des Jahres 1967/68 (S. 67–81) und ein Kapitel 5 (S. 82–94) unter der wolki-gen Überschrift „Neue Verhandlungen“, das eine Wiederbelebung der Beitrittsver-handlungen zu Beginn der 1970er Jahre zum Thema hat. Die letzte Einheit schließlich besteht aus dem Kapitel 6 über Neutralität als sicherheitspolitisches Konzept (S. 95–105) sowie einem ab-schließenden Kapitel 7 unter der Über-schrift „Neutralität als Rechtfertigung für wirtschaftspolitische Selbstbestimmtheit“ (S. 106–127), in dem verschiedene wirt-schaftspolitische Maßnahmen vor dem Hintergrund eines möglichen Beitritts in die Gemeinschaft diskutiert werden. Ab-gerundet wird dies von den sowohl in schwedischer als auch englischer Sprache verfassten Schlussfolgerungen (S. 128–134).

Magnusson argumentiert, dass die geführ-te Politik der schwedischen Neutralität zwar durch einen Beitritt zu den Europäi-schen Gemeinschaften beeinflusst worden sei, dies aber als alleinige Erklärung für die zurückhaltende Position kaum hinrei-chend sei. Er negiert somit nicht die Be-

deutung von sicherheitspolitischen Über-legung an sich, relativiert aber ihre Wirkungsmacht. Die schwedische Neutra-litätspolitik sei im Grunde ein höchst pragmatisch angewendeter und anpas-sungsfähiger Ansatz gewesen. Vor allem weist er darauf hin, dass verschiedene andere Initiativen der schwedischen Re-gierung wie etwa NORDEK oder EFTA ebenfalls hätten aufgeben werden müs-sen, wenn die schwedische Regierung konsequent und ausschließlich nach den Kriterien ihres postulierten Ansatzes der Neutralitätspolitik gehandelt hätte. In die-sem Fall wäre notwendigerweise dem Werben für Vertrauen in die Beständigkeit der eigenen Politik im Ausland („tilltro“) höchste Priorität zugefallen, was ein Ig-norieren der ablehnenden Haltung der Sowjetunion zu NORDEK und EFTA unmöglich gemacht hätte. Für die Zu-rückhaltung gegenüber dem Europäischen Gemeinschaftsprojekt sei Magnusson zu-folge vielmehr der Wunsch ausschlagge-bend gewesen, die alleinige Souveränität über wirtschaftspolitische Steuerungselemente zu behalten, was er anhand der Beispiele von wechselkurspolitischen Erwägungen und dem Niederlassungs-recht (vor allem in Bezug auf die wichti-ge Forstwirtschaft) durchaus überzeugend darzulegen versteht. Die ablehnende Hal-tung der Sozialdemokraten resultierte dieser Logik folgend in erster Linie aus der Angst, durch eine „Europäisierung“ den direkten Zugriff auf bzw. Kontakt zur

Wirtschaft – die eng in das schwedische korporative Modell eingebunden war – zu verlieren. Dies hätte die Realisierung des *folkhem*-Gedankens gefährdet.

Ein offenes Eintreten für wirtschaftspolitische Vorbehalte hätte überdies eine öffentliche Konkretisierung der Vorbehalte und Ziele erfordert, welche wiederum die innerschwedische Opposition in eine Konfrontationshaltung gezwungen hätte. Dass das Neutralitätsargument im politischen Diskurs so prominent für die Begründung der ablehnenden Haltung herangezogen wurde, war daher, so vermutet Magnusson, strategischem Kalkül geschuldet, weil wirtschaftspolitische Eigeninteressen und Vorbehalte wohl weder bei der inländischen Opposition noch bei der Brüsseler Kommission und den betroffenen Mitgliedsstaaten auf Verständnis hätten hoffen können.

Die stärksten Abschnitte des Buches finden sich in eben diesem letzten Drittel, wo auf die eingangs gestellte Frage rekurriert und konsequent eine wirtschaftspolitische Argumentationsweise angewandt wird. Insgesamt krankt die Untersuchung jedoch an ihrer Kürze, wobei der knappe Raum überdies noch recht unausgewogen genutzt wird. Bei der Lektüre stellt sich alsbald eine gewisse Ungeduld ein, wann denn die eingangs angekündigte neue Perspektive eingenommen werden wird. Da vieles durchaus bekannt erscheint,

hätte man sich gewünscht, dass der durchaus bestehende und bei weitem nicht so eindimensionale Forschungskontext mehr Berücksichtigung gefunden hätte. Der ereignishistorische Überblick ist klar überdimensioniert – erst nach der Lektüre von gut zwei Dritteln werden die für die Analyse tragenden wirtschaftspolitischen Zusammenhänge diskutiert – und mit nur mit wenigen für die spätere Argumentationslinie wichtigen Hintergrundinformationen angereichert. Überdies scheint es zumindest problematisch, beinahe alle Schlussfolgerungen – dies schließt Aussagen über die Positionen beteiligter anderer Länder ein! – auf Quellenmaterial aus den Beständen des schwedischen Außenministeriums zu begründen. Dies hätte zumindest reflektiert werden müssen und hinterlässt ebenso wie die zu kleinteilig geratene Struktur des Buches den Eindruck eines nicht vollends zu Ende gedachten Werks. Ebenfalls bedauerlich ist, dass das in der Forschungsfrage implizite Problem der Gewichtung von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Erwägungen, d. h. wie die offiziellen Begründungen der neutralitätspolitischen Vorbehalte sich vor dem Hintergrund ökonomischer Motivation ausnehmen, weitgehend ausgespart wird.

Gleichwohl bleibt es bei aller Kritik jedoch das Verdienst Magnussons, eine Arbeit vorlegt zu haben, die sich vom Bild

der traditionellen Verknüpfung von Europa- und Sicherheitspolitik lossagt und einen thematischen Zugang wählt, der ein breiteres Spektrum an Handlungsoptionen der Akteure zulässt. Dabei gelingt es Magnusson, neue einleuchtende Aspekte einzuführen, die so deutlich bislang selten dargelegt wurden. Das Buch trägt somit dazu bei, mittels wirtschaftspolitischer Überlegungen das Verhältnis Schwedens zum Europäischen Gemeinschaftsprojekt facettenreicher zu analysieren und vor allem zu zeigen, dass die Annäherung ergebnisoffener angegangen wurde, als man bislang angenommen hat.

*Peer Krumrey (Berlin)*